

## Gemeindebund:

### Darlehensaufschläge der heimischen Banken - Besprechungsergebnis BAWAG/PSK

In der Beilage dürfen wir Ihnen das bei einer Besprechung am 13.11.2012 zwischen Österreichischem Gemeindebund und Städtebund mit Vertretern der BAWAG/PSK erzielte Ergebnis sowie ein paar grundsätzliche Anmerkungen übermitteln:

In den vergangenen Wochen und Monaten haben verschiedene heimische Institute wie etwa die BAWAG, Bank Austria, Erste Bank oder auch die Hypo darauf hingewiesen, dass die aktuellen Margen bei kommunalen Darlehen, die teilweise nur äußerst gering über dem EURIBOR/LIBOR gelegen sind, aufgrund aktueller Gegebenheiten am Kapitalmarkt (z.B. höhere Eigenkapitalerfordernisse aufgrund von Basel III, Vertrauenskrise im Interbankengeschäft – kaum mehr Geldhandel zum EURIBOR oder LIBOR selbst, sondern meist zum eigenen bankeninternen Referenzzinssatz) nicht mehr kostendeckend zu halten sind. Somit wurden viele Gemeinden schriftlich oder persönlich über die entsprechenden Konditionen-erhöhungen informiert, die teilweise bereits mit 1.10.2012 wirksam wurden. Die Gemeinden konnten diese Erhöhung zur Kündigung ihrer Kreditverträge nutzen, einzelne haben dieses außerordentliche Kündigungsrecht auch zu einer vorzeitigen Tilgung aufgrund vorhandener Rücklagen oder einen Wechsel des Darlehensgläubigers verwendet. Der Großteil der Gemeinden wird jedoch aufgrund der da facto nicht vorhandenen günstigeren Alternativangebote am Markt am Kreditvertrag festhalten. In all jenen Kreditverträgen, die dem Österreichischen Gemeindebund zu Kenntnis gelangt sind, ist die Konditionserhöhung durch die jeweilige Bank rechtlich gedeckt gewesen (durch den Vertrag selbst oder die AGB's). Insbesondere weil die Gemeinden nicht dem strengen Maßstab der Verbraucherkreditverträge unterliegen, geht der Österreichische Gemeindebund grundsätzlich einmal davon aus, dass auch die übrigen Margenerhöhungen rechtlich gedeckt sind. In den vergangen (Bank Austria und BAWAG/PSK) wie auch in künftigen (Erste Bank am 23.11. und Kommunal Kredit) Besprechungen mit Bankenvertretern war und ist somit die Verhandlungsposition rein vom politischen Gewicht der Gemeindebünde getragen. Über das Verhandlungsergebnis mit der Bank Austria wurde bereits via Schreiben Zl. 913/140612/HA berichtet, das heutige Ergebnis der Besprechung den zuständigen heimischen Spitzenvertretern der BAWAG lautet wie folgt: Die Vertreter der BAWAG/PSK (Messinger und Rauscher) führten an, dass man sich alle Darlehensverträge mit Gemeinden durchgesehen habe und insgesamt eine moderate Erhöhung (auf max. 85 Pkte. über dem EURIBOR bzw. max. 95 Pkte. über dem LIBOR) mit 1.10.2012 durchgeführt habe und man sich österreichweit mit den Konditionen nun jedenfalls noch in der unteren Hälfte befindet. In 80-90% der Fälle habe man sich mit den Gemeinden geeinigt, einige wenige Fälle sind noch offen. Es wurde betont, dass diese Erhöhung lediglich auf ein absolutes Mindestmaß erfolgt ist und man aufgrund der (genannten) widrigen Umstände am Kapitalmarkt eigentlich schon wesentlich früher die Margen hätte erhöhen müssen. Von der Erhöhung betroffen seien lediglich Darlehen mit einer Restlaufzeit von mehr als 2-3 Jahren sowie in namhafter Höhe (Anm.: dem Vernehmen nach also Darlehen über 50.000 EUR). Trotz der bereits in vielen Fällen erfolgten Erhöhung zum 1.10.2012 sagten Messinger und Rauscher zu, dass diese nun frühestens zum 1.1.2013 erfolgen solle (Anm.: was die BAWAG dem Vernehmen nach mehrere Hunderttausend EUR kostet soll), in einzelnen Fällen aus Systemgründen auch erst zum Stichtag 15.2.2013 oder 31.3.2013. Hinkünftig wird es einmal jährlich (Mitte des Jahres) eine Koordinationsbesprechung mit Vertretern von GBD, STB und BAWAG geben. Desweiteren führen Messinger und Rauscher an, dass man

künftig mit den Gemeinden lediglich konservative Zinsabsicherungen und keine komplexeren und risikoreicheren Geschäfte mehr abschließen wird.

In der letzten Bürgermeisterkonferenz wurde diese Änderung der Darlehensbedingungen angesprochen. Laut Auskunft mehrerer Gemeindevertreter ist eine Kündigung und Neuausschreibung eines Darlehens jedenfalls teurer.

Gespräch Amtsleiterin am 26.11.2012 mit Hr. Windisch von Bawag/PSK: Erhöhung erst ab 1.1.2013, in einem Jahr gibt es wieder Gespräch mit Gemeindebund betr. Beibehaltung, Erhöhung oder Vergünstigung. Herr Secklehner von der IKD wurde mit Schreiben vom 26.11.2012 von der beabsichtigten Erhöhung informiert:

Bawag/PSK Darlehen 540021112 Zinsanpassung auf 0,75 % Punkte, ausstehendes Kapital € 70.033,53  
Erweit.Siedlungsgebiete WL (bis 09/2043)

Bawag/PSK Darlehen 540021104 Zinsanpassung auf 0,75 % Punkte, ausst. Kapital € 545.736,43  
Erweit.Siedlungsgebiete Kanal (bis 09/2043)

Bawag/PSK Darlehen 1176752 Zinsanpassung auf 0,75 % Punkte, ausst. Kapital € 250.015,07  
Eigenmittel Kläranlage und Drucksteigerungsanlage Pomedt und Berg (bis 2038)

Bawag/PSK Darlehen 1171953 Zinsanpassung auf 0,75 % Punkte ausst.Kapital € 336.211,20  
ÖBB-Projekte (09/2037)

Bawag /PSK Darlehen 540010480 Zinsanpassung auf 0,75 % Punkte, ausst. Kapital € 15.189,11  
Aufschließungsstraße (bis 09/2040)

Raiffeisenbank Darlehen 25.100.165 Zinsanpassung auf 0,85 % ausst. Kapital € 29.142,80  
Freibad Solaranlage (bis 09/2015)

Raiffeisenbank Darlehen 25.100.108 Zinsanp. SMR Emittenten auf 0,00 (vorher -0,2%), ausst.Kap. € 4.380,04; Wohnhaussanierung Pomedt 3 (bis 03/2022)

**TOP. 6.) Genehmigung der Urkunde des Darlehensvertrages mit der Raiffeisenbank Region Schärding betreffend Wohnhaussanierung Pomedt 3.**